

Blaue Karte EU nach § 19a des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG)

- Erstantrag
 Antrag auf Verlängerung

Eingang
PKZ
Sachbearbeiter/in

Lichtbild
grundsätzlich biometrietauglich!
35 x 45 mm
Bitte mitbringen, nicht aufkleben!

Ich beantrage die Blaue Karte EU für den Zeitraum

von – bis (bei erstmaliger Erteilung höchstens vier Jahre, ansonsten für die Dauer des Arbeitsvertrages zuzüglich drei Monate)

Antragsteller / Antragstellerin Herr Frau

Familienname, ggf. frühere(r) Name(n)

Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)

Geburtsdatum

Geburtsort

Geburtsland

Persönliche Merkmale

männlich weiblich

Augenfarbe

Größe

cm

Staatsangehörigkeit

eventuell frühere Staatsangehörigkeit(en)

Familienstand

ledig

verheiratet

seit

in eingetragener

Lebenspartnerschaft lebend

seit

geschieden

seit

verwitwet

seit

getrennt lebend

seit

Telefon

Fax

E-Mail

Ausweispapier (Pass / Reisedokument)

genaue Bezeichnung

ausstellender Staat

Seriennummer

Ausstellungsdatum

Gültigkeitsdauer

Vorgesehener Aufenthaltsort im Bundesgebiet

Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort

Gegenwärtige Anschrift

Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort

zugezogen am

von

Letzter Wohnsitz im Herkunftsland

Ehegatte / Lebenspartner

Familiename, ggf. frühere(r) Name(n)		Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)	
Persönliche Merkmale <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	Augenfarbe	Größe cm	
Geburtsdatum	Geburtsort	Geburtsstaat	
Staatsangehörigkeit		evtl. frühere Staatsangehörigkeiten	

Kind / Kinder

1			
Familiename, ggf. frühere(r) Name(n)			
Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)		Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	
Geburtsdatum	Geburtsort	Geburtsland	Staatsangehörigkeit
derzeitiger Wohnsitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Staat)			
Familiename, ggf. frühere(r) Name(n)			
2			
Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)		Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	
Geburtsdatum	Geburtsort	Geburtsland	Staatsangehörigkeit
derzeitiger Wohnsitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Staat)			
Familiename, ggf. frühere(r) Name(n)			
3			
Vorname(n) (Rufname bitte in Großbuchstaben)		Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	
Geburtsdatum	Geburtsort	Geburtsland	Staatsangehörigkeit
derzeitiger Wohnsitz (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort, Staat)			

Einreise und Aufenthalt

Einreise in das Bundesgebiet am (Datum)	<input type="checkbox"/> mit Visum der Auslandsvertretung	Gültigkeitsdauer	
Rückkehrberechtigung			
nach		bis	
<input type="checkbox"/> Aufenthaltstitel	Bezeichnung	ausstellende Behörde	
<input type="checkbox"/> Duldung nach § 60a AufenthG	Aufenthaltszweck	Ausstellungsdatum	Gültigkeitsdauer
Haben Sie innerhalb der Europäischen Union einen Antrag auf Flüchtlingsanerkennung oder Gewährung subsidiären Schutzes gestellt?			
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		in welchem Staat?	
Wurde über diesen Antrag abschließend entschieden?			
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja		am (Datum)	
		<input type="checkbox"/> Dem Antrag wurde stattgegeben.	
		<input type="checkbox"/> Dem Antrag wurde nicht stattgegeben.	
Hochschulqualifikation			
Berufsrichtung	höchster qualifizierter Abschluss	Ausstellungsdatum	
Hochschule			
Name, Anschrift			

Berufstätigkeit	
als	von – bis
Name und Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort) des Arbeitgebers	
als	von – bis
Name und Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort) des Arbeitgebers	
als	von – bis
Name und Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort) des Arbeitgebers	
<input type="checkbox"/> als Saisonarbeiter(in) in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union	
Arbeitgeber in der Bundesrepublik Deutschland, bei dem die hochqualifizierte Beschäftigung im Sinne von § 19a AufenthG ausgeübt wird	
Name des Arbeitgebers	
Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort) des Arbeitgebers	
Gemäß Arbeits-/Anstellungsvertrag vom (Datum)	Höhe des Jahresgehalts
<input type="checkbox"/>	brutto <input type="text"/> EUR
<input type="checkbox"/>	netto <input type="text"/> EUR
Laufzeit des Arbeits-/Anstellungsvertrages	
Besteht Krankenversicherungsschutz für die Bundesrepublik Deutschland?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	durch <input type="text"/>
Frühere Anschriften	
von – bis	in <input type="text"/>
von – bis	in <input type="text"/>
von – bis	in <input type="text"/>
Sollen Familienangehörige mit einreisen oder nachkommen?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	wer? <input type="text"/>
Wohnung (ggf. geplant)	
Anzahl der Zimmer	Größe in m ² <input type="text"/>
Verfügen Sie über deutsche Sprachkenntnisse?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	erworben durch <input type="text"/> Sprachkenntnisse der Stufe <input type="text"/>
Haben Sie Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	erworben durch <input type="text"/>
Sind Sie vorbestraft? (Wenn ja, Bezeichnung des Gerichts mit Angaben zum Aktenzeichen, Zeitpunkt, Tatbestand und Strafmaß)	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/> im Ausland	<input type="text"/>
<input type="checkbox"/> im Inland	<input type="text"/>

Laufende Ermittlungsverfahren? nein ja falls ja, welcher Art?**Sind Sie schon einmal aus dem Bundesgebiet ausgewiesen, zurückgeschoben, abgeschoben oder ist eine Einreise in das Bundesgebiet oder in einen anderen Staat des Schengener Abkommens verweigert worden?** nein ja falls ja, bitte genaue Angaben hierüber

Ich erkläre, dass

- ich keinen Antrag auf Abschiebungsschutz nach § 60 Abs. 5, 7 Satz 1 oder § 60a Abs. 2 Satz 1 gestellt habe.
- ich niemals einer Vereinigung angehört habe oder heute angehöre, die den Terrorismus unterstützt oder unterstützt hat.
- ich niemals zu den Leitern eines Vereins gehörte, der unanfechtbar verboten wurde, weil seine Zwecke oder seine Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet.
- ich niemals die freiheitliche demokratische Grundordnung oder die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet oder mich bei der Verfolgung politischer Ziele an Gewalttätigkeiten beteiligt oder öffentlich zur Gewaltanwendung aufgerufen oder mit Gewaltanwendung gedroht habe.

Wichtige Hinweise nach § 54 Abs. 2 Nr. 8, 9 und § 82 Aufenthaltsgesetz

Ich wurde darauf hingewiesen, dass

- ich nach § 54 Abs. 2 Nr. 8 Aufenthaltsgesetz ausgewiesen werden kann, wenn ich in einem Verwaltungsverfahren, das von Behörden eines Schengen-Staates durchgeführt wird, im In- oder Ausland falsche oder unvollständige Angaben zur Erlangung eines deutschen Aufenthaltstitels, eines Schengen-Visums, eines Flughafentransit-Visums, eines Passersatzes, der Zulassung einer Ausnahme von der Passpflicht oder der Aussetzung der Abschiebung mache oder trotz bestehender Rechtspflicht nicht an Maßnahmen der für die Durchführung dieses Gesetzes oder des Schengener Durchführungsübereinkommens zuständigen Behörde mitwirke.
- unrichtige oder unvollständige Angaben den Straftatbestand des § 95 Abs. 2 Nr. 2 Aufenthaltsgesetz erfüllen. Die Straftat kann mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden. Ein Ausländer kann ausgewiesen werden, wenn er gegen Rechtsvorschriften verstößt, wozu auch unvollständige und unrichtige Angaben zum vorstehenden Sachverhalt gehören (§ 54 Abs. 2 Nr. 9 Aufenthaltsgesetz). Ein erteilter Aufenthaltstitel kann zurückgenommen werden.
- ich meine Belange und für mich günstige Umstände, soweit sie nicht offenkundig oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen habe und die erforderlichen Nachweise über meine persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Bescheinigungen, Erlaubnisse sowie sonstige erforderliche Nachweise unverzüglich beizubringen habe. Nach Ablauf der dafür von der Ausländerbehörde gesetzten Frist geltend gemachte Umstände und beigebrachte Nachweise können unberücksichtigt bleiben.
- für die Bearbeitung des vorstehenden Antrags grundsätzlich eine Bearbeitungsgebühr erhoben wird, die auch im Falle der Rücknahme des Antrags oder der Versagung der beantragten Amtshandlung nicht wieder zurückgezahlt wird.

Hinweis zum Datenschutz:

Nach § 86 AufenthG dürfen die mit der Ausführung des Aufenthaltsgesetzes betrauten Behörden zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Daten im Sinne von § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie entsprechender Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit diese im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich sind.

Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht zu haben.

Ort, Datum

Eigenhändige Unterschrift



Dies ist eine grundsätzliche Information zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) bezüglich der Umsetzung im Landratsamt München

Das Landratsamt München veröffentlicht auf der Homepage www.landkreis-muenchen.de/datenschutz alle Informationsblätter zum Datenschutz nach Art 12 und 13 DSGVO.

Diese Informationsblätter sind nach Fachbereichen / Themen aufgelistet.

Sie können dort nachlesen, wie genau Ihre persönlichen Daten im Landratsamt München verarbeitet werden.

Um zu den Informationsblättern gemäß Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung zu gelangen, klicken Sie bitte auf nachfolgenden Link:

<https://www.landkreis-muenchen.de/landratsamt/veroeffentlichungen/informationsblaetter-zum-datenschutz/>